



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Margarete Bause, Kerstin Celina, Ulrich Leiner** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unterbringung anerkannter Flüchtlinge: Verantwortung wahrnehmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verantwortung für die Unterbringung anerkannter Flüchtlinge wahrzunehmen und die Bemühungen zur Beseitigung der Probleme bei der Versorgung mit preisgünstigen Wohnraum aktiv anzugehen.

Konkret sollen

- die Landesmittel für Wohnraumförderung deutlich erhöht werden,
- Umnutzungen leerstehenden Gebäudebestands erleichtert werden,
- geeignete staatliche Liegenschaften für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum zur Verfügung gestellt werden,
- der wachsenden Bedrohung von Wohnungslosigkeit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen aktiv entgegen gearbeitet werden,
- kommunale Aktivitäten zur Lösung der Wohnraumprobleme unterstützt werden,
- Migrationsberatung ausgebaut werden,
- Wohnungslotsen, Wohnungsbüros, die auch Vermieterinnen und Vermieter beraten, und Wohnungsbörsen in den Kommunen gefördert werden.

Begründung:

Laut Bayerischem Gemeindetag brauchen in Bayern bis Jahresende 70.000 Flüchtlinge mit dauerhaftem Bleiberecht eine Wohnung. Die Staatsregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Auszugsberechtigten und ihre Familien nicht in Obdachlosigkeit geraten, die Wohnraumprobleme in Bayern gelöst werden und die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt wachsende Probleme haben, sich angemessen mit Wohnraum zu versorgen, nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Nur durch ein Bündel von Maßnahmen kann den wachsenden Problemen entgegengearbeitet werden. Diese gilt es zu fördern und zu unterstützen. Hierbei sind insbesondere auch Beratungsangebote für Wohnungssuchende wie Wohnraumbesitzende zu fördern.

Das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration hat sich zwar in den letzten Jahren zu seiner Verantwortung bekannt, dass die sogenannten Fehlbeleger „nicht auf die Straße gesetzt“, sondern vorübergehend weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, doch es mangelt an ausreichenden Lösungen über einen Übergangszeitraum hinaus.

Eine weitere Vernachlässigung der Aufgabe, für angemessenen Wohnraum zu sorgen, wäre fatal. Wohnraum ist ein entscheidender Faktor für gelingende Integration und in der Regel die Voraussetzung für erfolgreiche Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit.